

Germany-Karlsruhe: Electrical wiring and fitting work

OJ S 199/2021 13/10/2021

Contract notice

Works

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Volkswohnung GmbH

National registration number: 35009/02697

Postal address: Ettlinger-Tor-Platz 2

Town: Karlsruhe

NUTS code: DE122 Karlsruhe, Stadtkreis

Postal code: 76137

Country: Germany

Contact person: vergabestelle@volkswohnung.de

E-mail: vergabestelle@volkswohnung.de

Telephone: +49 7213506-0

Fax: +49 7213506-199

Internet address(es):

Main address: <http://www.volkswohnung.de>

Address of the buyer profile: <http://www.dtyp.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YYER0BP/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YYER0BP>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Wohnungswirtschaft

I.5. Main activity

Housing and community amenities

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Volkswohnung GmbH, VOB/A EU Offenes Verfahren, Elektroanlagen, Neubau von vier Wohngebäuden in Oberreut, Östlich Woerishofferstraße, 76189 Karlsruhe, Woerishofferstraße 1-21

Reference number: 30104-1007400-2021

II.1.2.

Main CPV code

45311000 Electrical wiring and fitting work

II.1.3. Type of contract

Works

II.1.4. Short description

Elektroanlagen für den Neubau von vier Mehrfamilienhäusern mit 173 Wohnungen und gemeinsamer Tiefgarage sowie oberirdischen Stellplätzen in Oberreut, 76189 Karlsruhe, Woerishofferstraße 1-21.

Wohnfläche: ca. 11.130m², Energieeffizienz: KfW 55. Die Wohnungen werden nach den Anforderungen des Landeswohnraumförderungsgesetzes geplant und sind teilweise barrierefrei.

Der Auftrag umfasst konkret die Leistung Elektroanlagen.

Eine weitere Detaillierung erfolgt im Rahmen der Angebotsunterlagen.

II.1.5. Estimated total value**II.1.6. Information about lots**

This contract is divided into lots: no

II.2. Description**II.2.3. Place of performance**

NUTS code: DE122 Karlsruhe, Stadtkreis

Main site or place of performance: Neubau von vier Wohngebäuden in Oberreut

Woerishofferstraße 1-21 76189 Karlsruhe

II.2.4. Description of the procurement

Elektroanlagen

Die Ausschreibung umfasst:

173 x komplette Wohnungsinstallation unterteilt in 2 Titel

11 x Zählerverteilung

173 x Wohnungsverteiler

173 x Multimediaverleiter

2x Wegbeleuchtung mit insgesamt 40 Pollerleuchten und 14 Mastleuchten

1x Parkplatzbeleuchtung mit 9 Mastleuchten

1x Einzelbatterie Sicherheitsbeleuchtung in 3 Treppenhäusern

11x Türsprechanlage Audio

11x RWA Anlage

2x Baustrom und Baubeleuchtung über die gesamte Bauzeit

1 x Tiefgarageninstallation ca. 3900qm

1x Rettungszeichenanlagen Einzelbatterie mit Busüberwachung

ca. 100.000m Kabel und Leitungen

ca. 25.000m Glasfaser- und Datenkabel

ca. 1.000 Beleuchtungskörper

ca. 9.500 Installationsgeräte

Genaue Angaben sind dem LV zu entnehmen.

Einzelfristen/Zwischenfristen

Montag, 24.01.2022 - Donnerstag, 30.06.2022 Montage Gebäude 1

Montag, 21.02.2022 - Freitag, 17.06.2022 Montage Gebäude 2-4 UG/TG

Montag, 04.04.2022 - Freitag, 08.07.2022 Montage Gebäude 2

Montag, 15.08.2022 - Freitag, 30.12.2022 Montage Gebäude 3

Montag, 21.11.2022 - Freitag, 10.03.2023 Montage Gebäude 4

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Price

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 24/01/2022 End: 14/04/2023

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

-Vertragsbedingungen: Es gelten die VOB/B und VOB/C in der bei Auftragsvergabe gültigen Fassung.

Folgende Vertragsbedingungen werden Vertragsbestandteil:

-Besondere Vertragsbedingungen - Gewerke Umlagen Verkehr Reinigung

-Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und

Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg

(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

-Besondere Vertragsbedingungen -Ausführungsfristen/Vertragsstrafen/Sicherheitsleistung /Werbung inklusive Formblättern als Anlage

-Regelung Verwendung umweltverträglicher Materialien

-Regelung Bauleistungsversicherung

-Stadtspezifische Ergänzung Richtlinie Schutz von städtischen Bäumen

-Leitfaden Messstellen (nur bei HLSE)

-Besondere Vertragsbedingungen - Force-majeure und Corona-Klausel

-Verhaltenskodex CodeOfConduct

-Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, Sonstige Anlagen

-Abrechnung und Schlussrechnung:

Rechnungen sind jeweils digital unter rechnungseingang@volkswohnung.com einzureichen sowie an die jeweils prüfenden Ingenieur- bzw. Planungsbüros 2-fach in Papierform.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank www.pq-verein.de bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Angebotes durch Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber mit dem Angebot Nachweise gefordert werden, die nicht in den v.g. Datenbanken enthalten sind, sind diese mit dem Angebot vorzulegen.

Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Angebot eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden.

Ein Bieter kann sich (auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft) zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindung. Hierzu ist mit dem Angebot beizubringen:

- Eigenerklärung Kapazitäten anderer Unternehmen (bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche)

Ein Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise die diesbezüglichen verpflichtenden Zusagen dieser Unternehmen vorlegt. Hierzu ist mit dem Angebot z.B. beizubringen:

- Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe (sofern einschlägig)

Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Entsprechende Nachweise sind auf gesondertes Anfordern des Auftraggebers beizubringen. Der Bieter hat ein Unternehmen, das eine einschlägige Eignungsanforderung nicht erfüllt oder bei dem Ausschlussgründe gem. § 6e EU Abs. 1 bis 5 VOB/A vorliegen, zu ersetzen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften.

Zur Abgabe der Erklärungen sind die Deckblätter/Musterformulare des Auftraggebers zu verwenden. Soweit keine Musterformulare vorhanden sind, hat der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung abzugeben.

Sofern Musterformulare nicht von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft beizubringen sind, wird hierauf ausdrücklich hingewiesen.

Die vorstehenden Ausführungen gelten auch für die Ziff. III.1.2) und III.1.3). An der entsprechenden Stelle erfolgt ein Verweis.

Mit dem Angebot sind einzureichen:

- Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 6e EU VOB/A
- Eigenerklärung Selbstreinigungmaßnahmen i.S.d. § 6f EU VOB/A (sofern einschlägig)
- Eigenerklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG
- Eigenerklärung zur Eintragung in der Berufsgenossenschaft
- Eigenerklärung zur Eintragung in der Handwerksrolle der Handwerkskammer

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Es gelten die allgemeinen Ausführungen zu Beginn der Ziff. III.1.1) entsprechend.

Mit dem Angebot sind einzureichen:

-Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, dass aus steuerlichen Gründen keine Bedenken bestehen, dem Bieter öffentliche Aufträge zu erteilen. Diese Bescheinigung darf nicht älter als ein Jahr sein.

- Nachweis / Bestätigung der Betriebshaftpflichtversicherung als Eigenerklärung
Eine Kopie der Versicherungsurkunde ist zwingend vor Ausführungsbeginn beim AG vorzulegen. Sollte diese nicht zum geforderten Zeitpunkt eingehen und auch nicht auf Nachforderung binnen angemessener Frist nachgereicht werden, stellt dies einen außerordentlichen Kündigungsgrund dar.

-Jährlicher Gesamtumsatz des Bieters/der Bietergemeinschaft in den letzten 3 Geschäftsjahren je Geschäftsjahr als Eigenerklärung.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Spezifikationen:

mindestens 3.000.000,- EUR je Versicherungsfall für Personenschäden sowie

mindestens 1.000.000,- EUR je Versicherungsfall für sonstige Schäden (Sachschäden und echte/unechte Vermögensschäden).

Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen.

Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung ausreichend, wonach im Auftragsfall unverzüglich eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

Ohne die Erfüllung der Mindestanforderungen/Mindeststandards wird der Bieter/die Bietergemeinschaft vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Es gelten die allgemeinen Ausführungen zu Beginn der Ziff. III.1.1) entsprechend.

Mit dem Angebot sind einzureichen:

- Angaben (Eigenerklärung) über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischem Leitungspersonal.

- Eigenerklärung zu Referenzen über die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu 5 abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche.

Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, werden auch einschlägige Bauleistungen berücksichtigt, die bis zu 7 Jahre zurückliegen. Auf gesonderte Anforderung des Auftraggebers sind Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorzulegen:

- Ansprechpartner;

- Art der ausgeführten Leistung;

- Auftragssumme;

- Ausführungszeitraum;

- stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen;

- Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer;

- stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal);

- Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer);

- ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden;

- Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

Bei den Referenzangaben muss im Falle einer Bietergemeinschaft aus der Beschreibung der Referenz hervorgehen, auf welches Mitglied der Bietergemeinschaft sich die Referenz bezieht.

- Eigenerklärung Nachunternehmererklärung/ Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen
(bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche)

Minimum level(s) of standards possibly required:

- Mindestens 15 in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischem Leitungspersonal

Ohne die Erfüllung der Mindestanforderungen/Mindeststandards wird der Bieter/die Bietergemeinschaft vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Mit dem Angebot ist in Bezug auf Auftragsausführungsbedingungen abzugeben:

- Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 10/11/2021 Local time: 10:20

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 07/01/2022

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 10/11/2021 Local time: 10:20

Place:

Volkswohnung GmbH, Ettlinger-Tor-Platz 2, 76137 Karlsruhe

Information about authorised persons and opening procedure: Die Angebotsöffnung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Das Technische Klärungsgespräch ist auf Donnerstag, den 25.11.2021, 9:00 Uhr fixiert. Bitte halten Sie sich diesen Termin frei.

Für Dateinamen bitte kurze Bezeichnungen verwenden.

Postalisch oder per E-Mail eingegangene sowie unverschlüsselt eingereichte Angebote werden von der Wertung ausgeschlossen. Angebote können ausschließlich in Textform gem. § 126b BGB mit Hilfe elektronischer Mittel über die Vergabepattform (<http://www.dtv.de/Center>) eingereicht werden. Die Kosten für die Bearbeitung des Angebots werden nicht erstattet.

Der Auftraggeber ist verpflichtet, vom Zahlungsbetrag einen Steuerabzug von 15% für Rechnung des Auftragnehmers vorzunehmen, wenn keine Freistellungsbescheinigung gem. § 48b EStG bis spätestens zum Zeitpunkt der Zahlung vorgelegt wird. Die Freistellungsbescheinigung gem. §48b EStG ist vor Ausführungsbeginn bei der Vergabestelle vorzulegen.

Allgemeinen Geschäftsbedingungen:

Es gelten die Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB /B), die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C) in der jeweils gültigen Fassung, sowie die Besonderen Vertragsbedingungen des Auftraggebers.

Eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

Eine Kopie der Betriebshaftpflichtversicherungsurkunde(n) ist zwingend vor Ausführungsbeginn beim AG vorzulegen.

Es gelten ausschließlich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftraggebers. Eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

Mehrere Bieter können sich grundsätzlich zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen.

In diesem Fall muss die Bietergemeinschaft mit dem Angebot eine

Bietergemeinschaftserklärung (bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche) einreichen. Wird eine Bietergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der Gemeinschaft die geforderten Unterlagen einzeln beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist.

Die Bieter/Bietergemeinschaften haben (wenn dieser bei Abgabe des Angebots noch nicht bekannt ist) auf gesondertes Anfordern durch den Auftraggeber die Nachunternehmer namentlich zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen der jeweilig benannte Nachunternehmer für die Auftragsdurchführung zur Verfügung stehen wird. Dieser Nachweis ist z.B. durch Vorlage einer entsprechenden Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers zu führen. Der Auftraggeber überprüft, ob Gründe für den Ausschluss des Nachunternehmers vorliegen. Im Rahmen der Eignungsprüfung des vorgesehenen Nachunternehmers sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers die folgenden Nachweise beizubringen:

- Eigenerklärung zur Eintragung in der Berufsgenossenschaft
 - Eigenerklärung zur Eintragung in der Handwerksrolle der Handwerkskammer
 - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
 - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen (abzugeben, sofern einschlägig),
 - Bescheinigung in Steuersachen vom Finanzamt,
 - Eigenerklärung Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung,
 - Eigenerklärung jährlicher Gesamtumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren,
 - Eigenerklärung Referenzen über die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu 5 abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- bezogen auf die jeweils vorgesehenen Leistungsteile des vorgesehenen Nachunternehmers. Die an die Eignung gestellten Mindestanforderungen gelten für die Nachunternehmer, die für die jeweiligen Teile des Auftrags vorgesehen sind, nicht.

Mit dem Angebot sind ferner beizubringen:

- Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222 (bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche)
 - Stoffpreisgleitklausel mit Formblatt
 - Erklärung zum Eigentumsübergang der Angebotsunterlagen (bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche)
- Auf gesondertes Anfordern ist zudem beizubringen:
- Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223 (bei einer Bietergemeinschaft reicht die Beibringung durch die Bietergemeinschaft als solche)
- Zur Unterlage "Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223" ist Folgendes zu beachten:
- Bei einer voraussichtlichen Auftragssumme von mehr als 50.000 EUR sind wichtige, den Preis bestimmende Teilleistungen (Positionen) vorgegeben, damit sich bei der Wertung die für die Angebotssumme maßgebenden Kalkulationsbestandteile beurteilen lassen. Diese entnehmen Sie bitte dem Formblatt 223.
- Überschreitet die voraussichtliche Auftragssumme 100.000 EUR, sind alle Teilleistungen (Positionen) anzugeben.
- Bekanntmachungs-ID: CXP4YYER0BP

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg
 Postal address: Durlacher Allee 100
 Town: Karlsruhe
 Postal code: 76137
 Country: Germany
 E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
 Telephone: +49 7219268730
 Fax: +49 7219263985
 Internet address: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein zulässiger Nachprüfungsantrag bei der unter VI.4.1) genannten Vergabekammer kann allenfalls bis zur wirksamen Zuschlagserteilung gestellt werden.

Eine wirksame Zuschlagserteilung ist nach § 134 Abs. 1, 2 GWB erst möglich, wenn der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses in Textform informiert hat und seit der Absendung der Information 15 Kalendertage (bei Versand per Telefax oder auf elektronischem Weg: 10 Kalendertage) vergangen sind.

Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in IV.2.2) genannten Frist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt werden,
 - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

08/10/2021